

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

95 (5.12.1947)

UNSER TAG

FORVS

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

2. Jahr Nr. 95 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Freitag, 5. Dezember 1947

Entscheidende Fragen in London

Molotows Glaube an deutschen Friedenswillen - Bidaults Möglichkeit der Trizone

London. Die französische und amerikanische Delegation bei der Londoner Friedenskonferenz hat den Text einer Klausel vorgelegt, die der künftigen deutschen Verfassung eingefügt werden soll. Diese Klausel bestimmt, daß alle einer deutschen Regierung übertragenen Vollmachten nur mit Vorbehalt ausgeübt werden dürfen entsprechend den Anordnungen des Friedensvertrages. Diese Klausel gab Anlaß zu einer längeren Rede Molotows, in der die sowjetische Auffassung von der Zukunft Deutschlands dargelegt wurde. Danach müsse von den Alliierten ein friedliebendes und demokratisches Deutschland geschaffen werden.

Die Sowjetunion glaube an den Friedenswillen des deutschen Volkes.

Sollte die von Frankreich und Amerika geforderte Klausel den Deutschen auferlegt werden, so würde dieses das Volk dazu verdammen, in ewiger Abhängigkeit von den anderen Nationen zu leben. Die Kontrolle, die von den Alliierten nach wie vor ausgeübt werde, mache im übrigen eine solche Klausel überflüssig. Sie bedeute

eine unverantwortliche Demütigung für das deutsche Volk,

da es seine Verfassung nach Wunsch und Laune der Sieger richten müsse, zu einer Kolonie degradieren.

Nachdem die Außenminister Marshall und Bidault die Standpunkte ihrer Regierungen zu dieser Frage noch einmal dargelegt hatten, und Bevin seiner Überraschung darüber Ausdruck gab, daß Molotow in dieser — wie er sich ausdrückte — „harmlosen“ Klausel Hintergründe suche, wies Molotow darauf hin, daß keinem der ehemaligen Satellitenstaaten Deutschlands eine derartige Klausel aufzuzwingen worden sei. (Weiteren Bericht siehe in unserem „Londoner Notizbuch“ auf Seite 2).

Bidault zur deutschen Frage

London. Außenminister Bidault äußerte sich in einer Pressekonferenz zum Deutschlandproblem. Zur Frage einer deutschen Zentralregierung sagte er, daß man in erster Linie wissen müsse, wie eine derartige Regierung aussehen solle. Frankreich würde niemals zu-

lassen, daß das Saargebiet in den deutschen Rechtsprechungsbereich einbezogen werde. Die Einsetzung einer deutschen Regierung sei jedenfalls noch in weiter Ferne und keineswegs sicher.

Sich dem Ruhr- und Rheinproblem zuwendend betonte Bidault, daß für Frankreich die Sicherheitsfrage von entscheidender Bedeutung sei. Der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands lege Frankreich kein Hindernis in den Weg, wenn für das Ruhrgebiet und das Rheinland ein Sonderstatut geschaffen werde. Zur Frage der deutschen Ostgrenze erklärte er, daß das Problem

der deutschen Grenzen in seiner Gesamtheit zu erwägen sei. Frankreich hätte keine Absicht, die Interessen Polens zu verletzen.

Im Falle eines Fehlschlagens der Londoner Konferenz sei eine Vereinigung der Westzonen durchaus möglich,

es käme aber darauf an, auf welche Weise diese Verschmelzung vorgesehen sei. Vor Ende der Konferenz könne sich Frankreich nicht festlegen. Bidault betonte, daß die Außenpolitik seines Landes durch die innerpolitische Lage in keiner Weise berührt werden könne.

Erstarkende demokratische Kräfte

Belgrad. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens zählt heute 400 000 Mitglieder und bildet das ausschlaggebende Element der jugoslawischen Volksfront, deren Mitgliederzahl sich auf etwa 7 Millionen bezieht. Dies geht aus einem Bericht auf der Warschauer Konferenz hervor. Die tschechoslowakische Kommunistische Partei zählt zur Zeit über 1 Million Mitglieder, zu denen noch 100 000 slowakische Kommunisten kommen.

Front der Arbeit

Rom. Die Kommunistische Partei Italiens prüft die politische Lage. Die Partei hebt die mutige Handlungsweise der Arbeiterschaft hervor und stellt dann fest, daß eine etwaige Beteiligung der republikanischen Partei und der Minderheitssozialisten an der Regierung de Gasperi keineswegs zu einer Aenderung der Lage beitragen würde. Die Partei beschloß, die ihr von verschiedenen Massenorganisationen gemachten Vorschläge zur Bildung einer großen „Front der Arbeit“ anzunehmen. Es wurde eine Aufforderung an alle wahren Demokraten erlassen, sich gegen den Versuch zu vereinigen, überall in Italien mit der Diktatur der Christlich-demokratischen Partei ein Regime der Unterdrückung, der Korruption, der Gewalttätigkeit und der Auslandsabhängigkeit wieder zu errichten.

Mailand. Die Vertreter der ehemaligen Widerstandskämpfer Norditaliens, die sich in Mailand zu einer Tagung zusammenfanden, nahmen eine

Tagesordnung an, in der sie energische Maßnahmen zur Auflösung von Organisationen mit neofaschistischer Tendenz forderten und sich als Hüter der Demokratie und Verteidiger der Arbeiterrechte bezeichneten.

Kein Wiederaufbau ohne die Arbeiterschaft

London. Der Abgeordnete der Labour-Party, Zilliacus, erklärte, es wäre illusorisch, zu glauben, daß Westeuropa selbst mit amerikanischer Hilfe jemals die Krise ohne normale Handelsbeziehungen und freundschaftliche Bindungen zu Osteuropa überwinden könne. Zilliacus bedauerte, daß der Marshall-Plan zu einem ideologischen Kampf gebraucht werde und wies darauf hin, daß der Wiederaufbau Europas nicht gegen oder ohne die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen durchgeführt werden könne.

Wirtschaftsverhandlung England-Sowjetunion

London. Der britische Handelsminister Wilson ist zur Wiederaufnahme der Handelsbesprechungen mit der Sowjetunion nach Moskau gereist. Die Besprechungen wurden bekanntlich im Juli abgebrochen.

Sofia. Zwischen Bulgarien und den Vereinigten Staaten wurden Wirtschaftsbesprechungen aufgenommen. Es wird angestrebt, zwischen den beiden Ländern normale Handelsbeziehungen zu schaffen.

Morgen beginnt der Deutsche Volkskongreß

Aachen. Zum Volkskongreß wurde Regierungsvizepräsident a. D. Ernst Pascher (SPD) als Delegierter verschiedener Betriebe und kultureller Vereinigungen gewählt. Der Delegierte Pascher faßte seine Ansicht über den deutschen Volkskongreß mit den Worten zusammen: „Die Ablehnung Schumachers entspricht nicht dem wahren unbeeinflussten Empfinden unseres Volkes. Diese Ansicht wird auch in SPD-Kreisen vertreten (siehe Löbe). Der Aufbau Deutschlands ist zuerst unsere eigene Aufgabe, kann selbstverständlich aber nur gelöst werden, wenn die Voraussetzungen hierfür geschaffen sind, d. h. die Bedingungen des Friedens müssen zunächst einmal klar und eindeutig festgelegt und bekanntgemacht werden. Unsere gesellschaftliche Entwicklung verlangt nach Demokratie auf allen Gebieten, wobei mit dem Unterbau von Wirtschaft, Bodenreform usw. begonnen werden muß. Alle anderen Versuche einer formalen Demokratie bedeuten eine Halbheit.“

Halle. Im Landtag hat Ministerpräsident Hübner (LDP) eine außerordentliche Sitzung zur Londoner Konferenz und dem deutschen Volkskongreß eröffnet. Er hat dabei erklärt, der Volkskongreß wird auch dem Ungläubigsten beweisen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Einheit will. Auch der Fraktionssprecher der CDU, Hempel, sagte die Teilnahme am Kongreß zu. Darauf erklärte der Landtag in seiner Gesamtheit die Zustimmung zum Kongreß!

Berlin. (Südena.) Die Demokratische Partei der Ostzone wird an dem Volkskongreß teilnehmen, wie der Parteivorstand am Montag beschloß. Die LDP faßte diesen Beschluß „unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß auf dem Volkskongreß jede einseitige Ausrichtung vermieden und der LDP dort ein Platz eingeräumt wird, der ihrer Bedeutung als zweitstärkster Partei der Ostzone entspricht.“

Weimar. (Südena.) Ministerpräsident Eggerath sprach vor den Studenten der staatlichen Hochschulen für Baukunst und Musik unter großem Beifall: Wir stehen auf der Seite der Kräfte, die sich für eine deutsche Zentralregierung und damit für eine gleichmäßige Entwicklung in ganz Deutschland einsetzen. Von einer einheitlichen

Willenskundgebung des deutschen Volkes werde ein weitgehender Einfluß auf die Londoner Konferenz ausgehen. Es sei ein großer Irrtum, annehmen zu wollen, daß das deutsche Volk ohnmächtig sei. Es sei entscheidend, daß das deutsche Volk in der gegenwärtigen schicksalsschweren Zeit sich zusammenfindet und seine Stimme erhebt. „Niemand sei mehr daran interessiert — schloß Eggerath —, daß Deutschland in London gehört wird, als die junge Generation.“

München. Drei Professoren, der Physiker Prof. Dr. Arnold Sommerfeld, der Kunsthistoriker Dr. Franz Roh und Prof. Dr. Karl Vossler, erklärten, sie hätten eine Begrüßungsadresse unterschrieben, die ein Bekenntnis zur deutschen Einheit enthalte, und den Wunsch, daß der Kongreß in diesem Sinne erfolgreich sein werde.

Berlin. Die Schüler der Berliner Vorstudienanstalt entsenden drei Vertreter zum Volkskongreß.

Berlin. Die sächsische Landesregierung beschloß einstimmig, den sächsischen Ministerpräsidenten Max Seydewitz und sämtliche Minister des sächsischen Kabinetts als Delegierte zum Berliner Volkskongreß zu entsenden.

Flensburg. In Gesamt-Schleswig-Holstein sind 20 Delegierte in Versammlungen gewählt worden, die von ca. 15 000 Teilnehmern besucht waren.

Leipzig. Von den Leipziger Theatern wurde die Tänzerin Mary Wigmann als Teilnehmerin am Volkskongreß bestimmt. Die deutsche biologische Landesanstalt entsendet ihr prominentestes Mitglied, Prof. Dr. Walter Gothan.

FDGB-Delegation zum Volkskongreß

Berlin. Sieben Bundesvorstandsmitglieder des FDGB werden auf den Volkskongreß entsandt. Die Zentralvorstände aller Industriegewerkschaften werden je einen Delegierten entsenden. (Fortsetzung auf Seite 2)

Anti-Streikvorlage angenommen

Paris. Die französische Kammer befaßte sich mit der zweiten Antistreikvorlage der Regierung, die als Gesetz zum Schutz der Republik bezeichnet wird. Bis jetzt wurden die ersten zwei Artikel des Gesetzesentwurfes mit 402 gegen 183 kommunistische Stimmen angenommen. Ein kommunistischer Gegenentwurf wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Heftiger Protest

Paris. Die Streiklage hat keine wesentliche Aenderung erfahren. Die Aussprache des Arbeitsministers Mayer mit den Vertretern der Arbeiterschaft haben noch zu keinen Ergebnissen geführt. Mayer erklärte, daß er seine Bemühungen unermüdet fortsetzen werde. Inzwischen ist eine Anordnung der Gewerkschaft ergangen, nach der ab Freitag in ganz Frankreich 250 000 Handelsangestellte, mit Ausnahme der Angestellten der Lebensmittelbetriebe, in Streik tre-

ten werden. Des weiteren hat der Exekutiv-ausschuß des Allgemeinen Beamten-Gewerkschaftsbundes einstimmig beschlossen, den Streik zu erklären, falls die Regierung ihren Forderungen nicht entspricht. Der Exekutiv-ausschuß erhebt heftigen Protest gegen das Ausnahme-gesetz, welches darauf abzielt, das Gewerkschaftswesen zur Ohnmacht zu verdammen.

Marshall schickt Vertreter

London. Ein Vertreter des amerikanischen Außenministers Marshall ist nach Paris gereist. Ueber seine Mission wird Stillschweigen bewahrt.

Französisches Versammlungsverbot

Berlin. (Südena.) Die französische Militärregierung von Berlin hat ein Versammlungsverbot gegen die SED bis 15. Dezember ausgesprochen. Es handelt sich um eine Strafmaßnahme, da die Partei am 4. November eine nicht genehmigte Versammlung veranstaltet hatte.

Vor 100 Jahren

Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten, Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Ausland gegenüber gebühren uns als Nation.

Aus den „Forderungen des Volkes“ auf dem Badischen Demokratenkongreß in Offenburg am 12. September 1847.

Ein einiges Deutschland tut uns not, Einig nach Außen und Innen.

„Deutschland, ein Wärmärchen“, Caput II. (1844) Heinrich Heine

Der deutschen Zwielfracht mitten ins Herz

* Das Trauerspiel, welches in den vergangenen Wochen widerwärtiger Parteihader und Personenstreit vor dem Zusammentritt der Außenministerkonferenz dem deutschen Volk und der ganzen Welt geboten hat, war zu tiefst beschämend. Weder die Parteien, noch überparteiliche Kongresse, noch Regierungsvertreter konnten sich über die Schicksalsfrage der Einheit Deutschlands und die Schaffung einer deutschen Repräsentation für London verständigen und einigen. Wir zitierten kürzlich ein anklagendes Wort aus dem Ausland, daß diese Zwielfracht, selbst in der Stunde äußerster Gefahr, ein „typisch deutsches Phänomen“ sei.

Man kann sich kein Volk der Erde denken, das in einer solch unglücklichen Lage so einfach hinnähme „wortlos, stumm und ergeben“ dastehen zu müssen, ohne auch nur den äußersten Versuch gemacht zu haben, einmütig das Recht zu verlangen, vor dem Richter gehört zu werden. Sollte nunmehr an die verschlossenen Türen der Konferenz in London niemand anknöpfen, um den Willen nach der Einheit und einen gerechten Frieden vorzubringen?

In dieser heillos verfahrenen Situation deutscher Uneinigkeit wirkte die Initiative der SED in letzter Stunde zur Einberufung eines gesamtdeutschen Volkskongresses geradezu als Erlösung. Nachdem alle anderen Versuche absolut gescheitert waren und überhaupt keinerlei andere Möglichkeiten mehr bestanden, konnte nur noch der Millionenpartei der SED das Recht und zugleich die Kompetenz zufallen, solch einen gesamtdeutschen Kongreß zur Wahl einer Delegation für London einzu-berufen. Dieser mutige Entschluß erfüllte die Sehnsucht und den Willen von Millionen!

Oder gab es noch irgendeine andere gleich-machtvolle Organisation, die ihre Autorität, Kraft und solchen Elan dieser Aufgabe zur Verfügung hätte stellen können, als die in Kampf und Erfolg bewährte Partei der sozialistischen Einheit? Wir sehen keine. Es hat sich auch keine einzige gemeldet. Es war nach dem mißglückten Versuch der „Friedensburg-Konferenz“, die alle Parteien umfaßt hatte, bereits der ganze Gedanke einer nationalen Repräsentation begraben. Daß es ausgerechnet allein Dr. Schumacher gewesen ist, der diese Lösung verantwortungslos torpedierte, ist eine schwere Belastung des Schuldkontos der Sozialdemokratischen Partei. Viele Mitglieder der SPD haben das trotz besserer Überzeugung geduldet. Hier wäre die Gelegenheit des Rebellentums für wahre Sozialisten gewesen! Wie stark bereits dieses Schuldgefühl empfunden wird, zeigen solche Ausflüchte wie sie etwa „Der Württemberger“ in seiner letzten Nummer bringt, wenn er sagt, daß hinter Friedensburg nur die Wünsche der SED gestanden hätten und man mit einer Einheit, die aus dem Osten komme, nicht einverstanden sei. Möge die Einheit hergekommen sein, wo sie wolle; nur darauf, daß sie erreicht war, ist es angekommen! Zudem ist es eine Lüge. Denn die Initiative kam ja ausgerechnet mit von dem der SPD zugehörigen Prof. Dr. Alfred Weber aus Heidelberg; das gewiß nicht in der Ostzone liegt. Und ein Paul Löbe war führend daran beteiligt. Ganz im Gegenteil, die SED hatte sich bei all diesen Verhandlungen stark im Hintergrund gehalten. Erst nach dem totalen Scheitern nahm sie die Initiative zu einem gesamtdeutschen Volkskongreß in ihre Hand.

Was nun im Laufe einer kurzen Woche zur sachlichen Vorbereitung bereits gelungen ist, zeigt die Tatsache, daß heute der Volkskongreß im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens steht, wie es noch selten bei einer politischen Aktion der Fall war. Der Aufruf vom 26. November, völlig unerwartet, hat eine Spontanität erzeugt, die schon den Erfolg ankündigt. Aus deutschem Pflichtgefühl, ohne parteipolitische Nebenabsichten, sind die Einladungen an alle gutgewillten Deutschen ergangen. Der Appell in dieser Schicksalsstunde, wo es nicht um Parteien und Parteihader gehen darf, hat vieles Trennende beiseite geschoben.

Wir sind überzeugt, daß morgen in Berlin ein Kongreß zusammentritt, der durch Beteiligung und Zusammensetzung das Optimum deutscher Willenskraft darstellt, welches überhaupt zu erreichen möglich ist. Wenn dabei die Delegiertenzahl aus den Westzonen schwächer ist, als sie es bei längerer Vorbereitung zweifelsohne geworden wäre (man denke nur an die Paßschwierig-

Wilfried Acker verunglückt

Schwenningen. (UT.) Der Landesvorsitzende der Kommunistischen Partei Württemberg-Hohenzollern, Genosse Wilfried Acker, ist am Mittwoch auf einer Autofahrt verunglückt. Sein Wagen kam auf dem Glatteis ins Schlingern und prallte gegen einen Baum. Gen. Wilfried Acker liegt mit einer Brustkorbquetschung im Krankenhaus in Nagold.

keiten), so werden doch zweifelsöhre gerade die Delegierten aus Süden, Westen und Norden von den heißen Wünschen all jener begleitet sein, die bedingungslos Einheit und Frieden wollen. Wer sich freiwillig oder unfreiwillig abseits stellte, hat sich der Mitwirkung bei dieser Schicksalsfrage begeben.

Unter den Verzichtenden sind selbstverständlich alle Feinde der Einheit Deutschlands. Jene Separatisten, Föderalisten, Verfechter eines Weststaates oder einer katholischen Föderation süddeutscher Staaten. Ihre Gegnerschaft zu einem gesamtdeutschen Volkskongreß ist offenkundig. Diese klare Scheidung ist ein wertvolles Ergebnis bereits bei der Kongreßvorbereitung.

Auch andere Parteien, denen Prestige und Parteihaß in dieser Stunde wichtiger waren, haben sich ebenfalls vom Einheitswillen des Volkes ausgeschlossen. Aber wir sind überzeugt, daß Hunderttausende ihrer Mitglieder anderer Meinung sind, ohne daß sie den Mut zur Opposition hatten. Soweit formelle Gründe vorgeschützt wurden, mußten diese überwunden werden. Daß das nicht geschah, enttäuscht insbesondere bei der CDU unter Jakob Kaisers Führung. Wenn nun im Vorstandsbeschuß der CDU gesagt wird, daß unter den gegebenen Verhältnissen Mitglieder der Union der Einladung zum Volkskongreß Folge leisten können, so entspricht das der Tatsache, daß sich in der Vorstandssitzung der CDU alle Ländervertreter für die Teilnahme am Volkskongreß ausgesprochen haben! Das Charakteristische dieser „gegebenen Verhältnisse“ ist also der Wille der Massen dieser Partei und aller anderen Parteien, die heute ein gemeinsames Auftreten aller demokratischen Kräfte für notwendig erachten.

So ist der Volkskongreß in bestem Anlauf. Morgen und Uebermorgen werden aus Berlin bereits die Nachrichten eintreffen, daß das große Werk der Einigkeit von Millionen gutgewillter Deutscher, alle politischen und weltanschaulichen Gegensätze überwindend gelungen ist. Ein Volkskongreß hat sich zur gemeinsamen Arbeit für Deutschlands bessere Zukunft und gerechten Frieden gefunden. Seine Leistung wird ihrer Autorität, Mandat und Legitimation zugleich geben! Vor dem ganzen Volk und aller Welt wird der Kampf Ulrich von Hutten's vor mehr als 400 Jahren endlich einmal wahr werden!

Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz! Glückliche alle deutschen Männer und Frauen und die Jugend, welche sagen können: wir sind dabei, wir sind dafür gewesen.

Echo zum Volkskongreß / Fortsetzung von Seite 1

Berlin. Die CDU erklärte in einer Entschlieung, daß die Union die Sorge hege, daß auch auf dem vom Volkskongreß vorgeschlagenen Weg nicht gelingen kann, was in monatelanger zäher Arbeit von Parteien und hervorragenden Persönlichkeiten in ganz Deutschland vergeblich versucht worden ist. Aus diesem Grunde sieht sich die Union nicht in der Lage, an dem Kongreß teilzunehmen. Soweit Mitglieder der Union der Einladung Folge leisten, geschieht dies aus eigener Entscheidung.

Tübingen. Justizminister Prof. Dr. Schmidt (SP) erklärte, daß er eine Einladung bekommen habe, sie aber nicht beantworten werde. Die Ablehnung des deutschen Volkskongresses sei selbstverständlich.

Tutlingen. (Südena.) Das Präsidium des südwürt. Gewerkschaftsbundes wird am Donnerstag zu einer außerordentlichen Sitzung hier zusammenkommen, um die Frage der Teilnahme am deutschen Volkskongreß zu entscheiden.

Freiburg. Das Organ der SP, „Das Volk“, bringt in seiner letzten Nummer auf der ersten Seite eine Warnung vor dem „SED-Volkskongreß“. Es behauptet, daß die KP in Baden den Versuch mache, Sozialdemokraten in Versammlungen zu dem Kongreß delegieren zu lassen. Im Schlepptau Schumachers wird wörtlich erklärt: „Es müsse nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß kein Mitglied der SPD befugt ist, an diesem Kongreß teilzunehmen, mit dem die SPD nicht das geringste zu tun hat und der nichts anderes ist als das, was alle bisherigen Versuche der SED auf diesem Gebiet waren: ein Versuch der Irreführung!“ — Wir nehmen diesen Befehl zur Kenntnis und werden später einmal daran erinnern.

Tübingen. (Südena.) Dem Staatspräsidenten Bock ist eine telegraphische Einladung zum Volkskongreß zugegangen. Er hat diese Einladung telegraphisch abgelehnt. Der Kongreß stelle keine repräsentative Vertretung des deutschen Volkes dar und sei daher für die Konferenz der Außenminister ohne jegliche Bedeutung. Dr. Müller (CDU) lehnte ebenfalls eine Teilnahme am Volkskongreß ab. Die CDU unterstütze zwar alle Bestrebungen für eine einheitliche Stellungnahme zur Londoner Konferenz, halte aber den Volkskongreß nicht für geeignet.

Berlin. (SZ.) Eine Flut von Zusagen zum Volkskongreß läuft täglich im Kongreßbüro ein. Zahlreiche Einzelpersonlichkeiten haben zugestimmt, unter ihnen der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Huebener (LDP), und die beiden Landesvorsitzenden Herwegen (CDU) und Dammerow (LDP). Auch Dr. Friedensburg (CDU) und Paul Löbe (SPD), die von dem Nachrichtenbüro ADN gefragt worden sind, haben nicht direkt abgesagt. Der Parteivorsand der LDP der Ostzone hat jetzt nach Dena auf einer außerordentlichen Sitzung seine Teilnahme am Kongreß beschlossen. Ueber Ablehnungen ist im Kongreßbüro nichts bekannt.

Ersatzvaterland Bizone

Stuttgart. Der würt. Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärte in einer Rundfunkansprache zur Londoner Außenministerkonferenz, daß für Deutschland die Schicksalsstunde schlage. Deutschland, „insgesamt 17 Einheiten, jede einzelne ohnmächtiger als die andere“, müsse un-

Süddeutsch-österr. Katholische Föderation geplant

Daß insbesondere in Süddeutschland sehr gefährliche Pläne zur staatlichen Aufspaltung Deutschlands betrieben werden, beweisen eine Reihe weiterer Enthüllungen über die Geheimkonferenz in dem Carmeliterkloster Schönenberg. Wir haben seinerzeit darüber aus dem „Münchener Tag“ berichtet (UT 93). In der Münchener „Südd. Ztg.“ vom 2. Dezember ist heute eine eigene Meldung, wonach in die süddeutschen Pläne Bayerns, Württembergs, Badens und der Pfalz auch die französische und amerikanisch besetzte Zone Oesterreichs in eine Föderation süddeutscher Länder einbezogen werden soll. In der Meldung wird ausdrücklich betont, daß der „Senatspräsident von Südbaden“ Prof. Wohleb an der Konferenz teilgenommen habe.

Auch der Konstanzer „Südkurier“ vom 2. Dez. bringt eine Meldung seines CS-Korrespondenten, wonach in der Klosterkonferenz der Gedanke eines in sich geschlossenen katholischen Staatenbundes soweit Gestalt angenommen hätten, daß fertige Pläne jederzeit der Militärregierung vorgelegt werden könnten. Bemerkenswert ist auch Gegenströmungen „gegen diese katholische Föderation“ dort geltend machten. Inzwischen hat Minister Dr. Pfeiffer bestätigt, daß dieses „freundschaftliche Treffen“ mit 30-40 Teilnehmern tatsächlich stattfand und daß zur religiösen Vertiefung auch ein Geistlicher dabei gewesen sei.

Am vergangenen Sonntag sprach Dr. Ehard zum Thema „Bayern und Deutschland“ für einen betonten Föderalismus, denn das sei die unbedingte Voraussetzung für den neuen Staatsaufbau, wobei er den Führungsanspruch Bayerns in einem zukünftigen Bundesstaat anmeldete. „Bayern, in Deinem Lager steht heute das neue Deutschland!“ rief Ehard unverfroren aus.

Die CDU Südbadens, für die Staatspräsident Wohleb die Parole „Föderative Republik“ ausgegeben hat, nimmt uns im letzten Leitartikel der „Südwürttembergischen Zeitung“ außerordentlich übel, daß wir dreist und unverschämte unterstellt hätten, daß eine Föderation süddeutscher Länder gegen norddeutsche gewollt sei und damit die Spaltung Deutschlands vorbereitet, statt um die Einheit bis zum letzten zu kämpfen. Wir verstehen die Aufregung der CDU sehr gut, sind aber nach wie vor der Meinung, daß unter einer Demokratie der Staatspräsident keine-

lei Befugnis hat, ohne Auftrag der Volksvertretung, an föderalistischen Plänen mitzuwirken, in welche Südbaden einbezogen werden soll. Alles Geschimpfe kann darüber nicht hinweghelfen.

Auch diese Tiraden gehen auf das sachliche Problem überhaupt nicht ein. Und solange besteht nach wie vor der Verdacht, daß es sich bei dem katholischen Staatenbund nicht nur um „betonten“ Föderalismus, sondern um ausgesprochenen Partikularismus handelt. Das dabei vorgebrachte Dementi, wonach Herr Wohleb an der Klosterkonferenz überhaupt nicht teilgenommen habe, nehmen wir zur Kenntnis. Ob er „zur gleichen Zeit“ in Freiburg gesprochen hat, können wir solange nicht nachprüfen, bis uns der Tag des Stattfindens der Klosterkonferenz bekannt ist.

Wie weit heute in der großen CDU, die nicht nur in Ost und West, Nord und Süd eigenständige Politik betreibt, die staatlichen Begriffe von Föderalismus, Partikularismus und Separatismus in hellosem Wirrwarr durcheinanderlaufen, beweisen wohl am schlagendsten die separatistischen Machenschaften des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ unter CDU-Führung. Wir brachten das letzte Mal eine Meldung, wie diese ausgesprochenen Separatisten — die sich jetzt als „Autonome Föderalisten“ tarnen — Morgenluft wittern und die unsinnige Parole ausgeben, daß „die Wiederkehr alldieser Gedanken“ die Sicherheit der Welt gefährden.

Am Hohentwiel kriechen jetzt auch noch andere Ratten aus ihren Löchern, die sich frischweg „Permanente Konferenz Autonomer Deutscher Föderalisten“ nennen und „im Namen von Millionen durch die diskreditierten großen Parteien unterdrückten Föderalisten“ eine eigene Botschaft nach London richteten. Es handelt sich hier um jene offenbar in Alarmzustand und permanenten Tag- und Nachtdienst befindlichen Herrschaften, die jenes „Singer Manifest vom 9. Oktober 1947“ (UT 81) in die Öffentlichkeit schleuderten. Ob sie identisch sind mit dem „Bund deutscher Föderalisten“, dessen Generalsekretär Dr. Lotz (Koblenz) ist, vermag man bei der Undurchsichtigkeit der vielartigen Machenschaften nicht zu übersehen.

Jedenfalls müssen alle Freunde der deutschen Einheit, vor allem auch diejenigen, die ohne diesen Treibereien zuzustimmen in der CDU sind, überaus wachsam sein in den entscheidungsvollen Schicksalstagen, in denen wir uns heute befinden!

Sonntag Wahlen in Württemberg-Baden

Stuttgart. Am kommenden Sonntag, den 7. Dezember, finden die Gemeindevahlen in Württemberg-Baden (Amerikanische Zone) statt.

Nach der Entscheidung über Palästina Kommunisten für Verständigung

Jerusalem. Die jüdische Kommunistische Partei Palästinas fordert in einem Manifest die sofortige Zurückziehung der britischen Truppen. Zusammenarbeit mit den Arabern, die wirtschaftliche Einheit und Widerstand gegen jede „Provokation zu einem arabisch-jüdischen Konflikt“. Die Bildung einer vorläufigen jüdischen Regierung auf der Grundlage einer Parteienkoalition mit den Arbeiterparteien als Hauptträger der Verantwortung wird vorgeschlagen.

Jerusalem. Nach Bekanntwerden der Entscheidung der Generalversammlung der UN kam es zu Zwischenfällen, die Todesopfer forderten. Das jüdische Viertel ist von der Außenwelt völlig abgeschnitten.

Damaskus. Das syrische Parlament gab in einer Erklärung bekannt, daß Syrien dem Beschluß der UN bezüglich Palästinas die Anerkennung verweigere.

Amman. Als Protest gegen die Teilung Palästinas wurde der Generalstreik ausgerufen. Die Menge stürmte die Büros der amerikanischen Oelgesellschaft und griff die Angestellten tätlich an.

Nach Annahme des Teilungsplanes für Palästina durch die Generalversammlung der UN ist ein die Welt schon durch Jahrzehnte beunruhigendes Problem der Lösung nahegerückt. Daß noch lange nicht alle Schwierigkeiten überwunden, sondern neu entstanden sind, zeigt die Reaktion der einen der betroffenen Parteien. Während die Juden begeistert sind und darangehen, den ihnen zugesprochenen Staat zu organisieren, bezeugen die Araber Unzufriedenheit, ja gewalttätige Ab-

Londoner Notizbuch

A—Amerika (Marshall), E—England (Bevin), F—Frankreich (Bidault), R—Rußland (Molotow).

VI. (1. Dez.) Erörterung der Frage, ob eine deutsche Regierung ihre Meinung bei der Friedenskonferenz darlegen soll. R. befürwortet Meinungsäußerung einer deutschen Zentralregierung. A. setzt anstelle der deutschen Regierung: „ermächtigte Vertreter“. E. schlägt vor, daß eine „geeignete deutsche Regierung“ ihre Ansichten darlegen solle. F. wiederholt, daß es die Bildung einer deutschen Regierung nicht als Bedingung für die Vorbereitung des Friedensvertrages ansehe. Frage bleibt ungeklärt.

Der von A. und F. gemachte Vorschlag, in die deutsche Verfassung eine Klausel aufzunehmen, daß alle der Regierung übertragenen Vollmachten nur mit Vorbehalt ausgeübt werden dürfen, entsprechend des Friedensvertrages veranlaßt R., seine Auffassung von der Zukunft Deutschlands darzulegen. (Siehe 1. Seite). A. betont den Willen der Alliierten, Deutschland nicht zur Kolonie werden zu lassen. E. weist Molotows Angriffe gegen diese Klausel zurück. F. sagt, daß eine Klausel nicht demütigender sei als interalliierte Kontrolle. R. weist darauf hin, daß ähnliche Klauseln in den Verträgen für die Satelliten Hitlerdeutschlands nicht enthalten seien.

VII. (2. Dez.) Debatte über Zusammensetzung der ständigen Spezialausschüsse für die Ausarbeitung des Friedensvertrages. R. verlangt, daß in ihnen nur die Vier Großen vertreten sein sollen. F. schlägt vor, daß auch die an der behandelten Frage besonders interessierten Alliierten zugezogen werden. A. fordert die Vertretung möglichst vieler Staaten. E. will Beteiligung der Vier Großen und der anderen 19 zur Konferenz vorgesehenen Staaten. Keine Einigung. Besprechung der Frage, ob China bei der Friedenskonferenz als einladende Macht figurieren darf. A. E. und F. sprechen sich dafür aus, R. dagegen.

„Schumacher sage garnichts“

Antwerpen. Während des internationalen Sozialistenkongresses, der mit 12 gegen 4 Stimmen die Zulassung der SPD zu den internationalen Sozialistentagungen beschloß, bezeichnete der französische Delegierte Salomon Grumbach die SPD als „wirklich demokratisch“, sein Ja dazu bedeute aber nicht, daß er restlos mit Dr. Schumacher einverstanden sei, denn dieser „rede zu viel und sage garnichts“.

Der „Württemberg“ bringt die Zulassung der SPD unter der charakteristischen Überschrift „Sozialisten der Welt rufen Schumacher!“ Würde die SPD oder ihr Diktator zugelassen?

Jugendring Groß-Berlin

Berlin. Der „Jugendring Groß-Berlin“ wurde von der Berliner Jugendorganisation BDJ (Bund deutscher Jugend), dem DJV (Demokratischer Jugendverband), der FDJ (Freie deutsche Jugend) und den Falken konstituiert. In demokratischer Zusammenarbeit wird der Jugendring die gemeinsamen Interessen der Berliner Jugend vertreten. Der Vorsitz wechselt vierteljährlich. Zunächst haben ihn die „Falken“ inne. Vertreter der konfessionellen Jugendverbände haben die Mitarbeit zugesagt.

Staatsregierung beim Gouverneur

Die Badische Staatskanzlei teilt mit: In Erfüllung der von dem Herrn Staatspräsidenten vorgetragenen Bitte, hat der Herr Gouverneur am 28. ds. Mts. eine Abordnung empfangen, die sich aus folgenden Herren zusammensetzte: dem Staatspräsidenten, dem Präsidenten des Landtags, dem Minister der Wirtschaft und Arbeit, den Vorsitzenden der politischen Parteien, wie auch den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen.

Der Herr Gouverneur hat den Herren die Möglichkeit gegeben, ihren Standpunkt bezüglich des Problems der Demontage vorzutragen. Es wurde in ausführlicher Besprechung die Frage der Demontage von Grund auf geprüft. Die Vertreter des Landes haben es für ihre Pflicht gehalten, die schweren wirtschaftlichen Auswirkungen zu unterstreichen, welche die Verwirklichung der beabsichtigten Demontage nach sich ziehen würde. Der Herr Gouverneur hat von den Ausführungen der badischen Delegierten Kenntnis genommen und versprochen, den gesamten Fragenkomplex noch einmal überprüfen zu wollen, er hat aber erneut die Herren darauf hingewiesen, daß an letzter Stelle die endgültige Entscheidung in dieser Frage dem Kontrollrat vorbehalten sei.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden Organ der KP
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1374 Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. —
Redaktionskollektiv
Dr. Karl Bittke (Chefredakteur), Karl Ehmann, Hanns Adam Faerber (Chef vom Dienst), Dr. Adolf Hirt, Dr. Walter Kunze, Gustav Venedey —
Verlagsleiter Hermann Jerrontrop
Verlag Südwest-Verlag GmbH, (17b) Offenburg
Hauptstr. 115, Postfach 351 Fernruf 2297 Erscheint
mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatlich 1,50 M.
einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestell-

Kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

PIRMASENS. Ein amerikanisches Flugzeug, Typ Dakota, mit 22 Passagieren an Bord, mußte in der Gegend von Pirmasens notlanden. Die französischen Behörden forderten die deutsche Bevölkerung auf, an den Nachforschungen nach dem vermißten Flugzeug teilzunehmen.

MAINZ. Eine Kontrolle deutscher und französischer Dienststellen in rheinischen Dörfern konnte sovjet Getreide beschlagnahmen, daß Mainz mit annähernd 80 000 Einwohnern für einen Monat mit Brot versorgt werden kann.

RUSSELSHEIM. Die Opelwerke haben in diesen Tagen wieder den ersten Opel-Olympia-Wagen nach dem Kriegsende herausgebracht.

KOBLENZ. Als erstes Land der deutschen Nachkriegszeit brachte Rheinland-Pfalz neue Geldscheine über 50 Pfennig heraus.

DUSSELDORF. Unter dem Titel „Demontage — aber wie der Aufbau Europas?“ hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Broschüre herausgegeben, die die Reden von Ministerpräsident Arnold und Wirtschaftsminister Professor Noetting auf der Demontage-Sondersitzung des Landtags enthält.

AACHEN. 3 Millionen cbm Trümmerschutt hinterließ Hitler „Großer Krieg“ in der Stadt. Ein Drittel davon soll zum Wiederaufbau dienen können.

STUTT GART. Der ehemalige Reichsleiter der „Deutschen Christen“, wurde von der Spruch-

kammer als Hauptschuldiger zu einem Jahr Arbeitslager verurteilt.

ZÜRICH. Bei den Kantonswahlen wurde erneut das Frauenwahlrecht abgelehnt.

ZÜRICH. In Zürich ereignete sich ein schweres Straßenbahnunglück, bei dem 2 Personen ums Leben kamen und mehrere Fahrgäste schwer verletzt wurden.

PRESSBURG. Der ehemalige Hitler-Gesandte in der Slowakei, Hans Ludin, und der Führer der ehemaligen deutschen Militärmission in der Slowakei, SS-General Hermann Hoefele, wurden vom tschechoslowakischen Gerichtshof in Pressburg zum Tode durch den Strang verurteilt.

DEN HAAG. Die holländische Königin Wilhelmine hat ihre Regentschaft, in der sie vor 6 Wochen aus gesundheitlichen Gründen aussetzte, wieder übernommen.

ROM. Der ehemalige Außenminister Mussolini, Dino Grandi, der vor einem römischen Gericht angeklagt war, wurde von der Zusammenarbeit mit Nazideutschland freigesprochen.

DAMASKUS. Das syrische Innenministerium hat nach angeblichen „kommunistischen“ Zusammenstößen die Auflösung der Kommunistischen Partei und strafrechtliche Verfolgung der Vorsitzenden befohlen.

WASHINGTON. Postminister Hannegan ist zurückgetreten.

Die Tragödie des deutschen Bombenangriffs auf Freiburg am 10. Mai 1940

Die Hamburger Meldung, welche wir in der letzten Nummer von „Unser Tag“ brachten, wird durch eine amtliche Verlautbarung...

Bleibt noch die Frage, wieso es möglich war, daß in der Wehrmacht und Luftwaffe Kreaturen waren, die in blinder Eigenliebe selbst auf eine deutsche Stadt einen solchen Luftangriff führten...

Wir bringen nachstehend einige Meldungen aus der damals uniformierten Nazipresse zum Abdruck. Es war jene Zeit, als es schon kein Gewissen einer freihetlichen Presse mehr gab...

Das Luftbombardement auf Freiburg

Hier die erste Meldung des Oberkommandos der Wehrmacht aus dem Führerhauptquartier:

Luftangriff auf die offene Stadt Freiburg

Berlin, 10. Mai. Am 10. Mai haben drei feindliche Flugzeuge die offene Stadt Freiburg im Breisgau, die völlig außerhalb der eigenen Operationslinie liegt und keine militärischen Anlagen aufweist, mit Bomben angegriffen...

Der feige Bombenangriff auf Freiburg

Dreizehn Kinder auf einem Kinderspielfeld getötet. Berlin, 11. Mai. Wie bereits gemeldet, haben...

Die nicht zu fassende und kaum glaubliche Enthüllung, daß der Bombenangriff auf Freiburg am 10. Mai 1940 auf Hitlerbefehl von deutschen Flugzeugen ausgeführt wurde...

Der Charakter Freiburgs als unverteidigte Stadt bestätigt. New York, 14. Mai. Der Hauptdelegierte des Amerikanischen Roten Kreuzes für Europa, Taylor, bestätigte am Montag, wie die „New York Times“ aus Berlin meldet...

Gegenfeier für die Toten des Fliegerangriffs. Freiburg. In der Friedhofskapelle fand Pfingstmontagnachmittag seine kurze Trauerfeier für die Opfer des ruchlosen feindlichen Fliegerangriffes auf die unbefestigte Stadt Freiburg statt...

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Ausfuhr-Lizenzen für Warenausfuhr aus der französischen Zone nach Frankreich. Die Direction Générale de l'Economie et des Finances hat eine neue Anordnung in obigen Betreff herausgegeben...

Amtliche Bekanntmachung. Ältere 10 Pfennig-Fahrscheinvorräte gelangen ab sofort im Straßenbahnverkehr als Einzelfahrscheine im Werte von 20 Pfennig zur Ausgabe.

Anrufzeiten der Fernsprechanstalten. Mehrfach geäußerten Wünschen entsprechend, werden nachstehend nochmals die Zeiten bekannt gegeben, zu denen beschränkt zugelassene Fernsprechanstalten anrufen können.

Table with columns for Anrufzeiten, 1947, and 1948. It details calling hours for various months and groups.

Freiburg (Breisgau), den 20. November 1947. Fernsprechanstaltenangebote. Hausgehilfin auf schönen Hof bei Wangen/Allgäu sofort gesucht.

Kaufgesuche. Landwirt, Kriegsversehrt, sucht Motorradfahrrad gegen beste Vergütung. Ang. unt. Nr. 32-1214 an U. T. Offenburg, Postf. 361.

Verkäufe. Gebraucht, zweijährige Kleiderschrank (nußbaum), 1 Mandoline, 1 Tennisschläger abzugeben. Ang. u. Nr. 32-1340 an U. T. Offenburg, Postfach 361.

Textil-Pakete aus der Schweiz. in Damenstrümpfen-Herrensokken, Wolldecken, Anzug u. Mantelstoffe, Weihnachtskerzen Kurzwaren. Prospekt durch Geschw. Schupp, Lörrach, Turmstr. 2

Kauf - Verkauf

Biete Radio-Röhren und Material, suche Anzugstoff und Wolle. Zuschr. unt. Nr. 32-1335 an U. T. Offenburg, Postfach 361.

Biete Kinderreisenbahn (Uhrwerk-Lokomotive) mit Tender und 5 Wagen mit Schienen. Suche ein Paar Ski, ca. 1.80 m mit Federbindung u. Stöcken.

Röhren Supp., Wechselstr., 110-220 Volt, wenig gespielt, klagschön mit sehr gutem Kurzwellenteil. Anschluß für Plattenspieler, gegen Anzugstoff oder neuwert. Schreibmaschine oder Akkordeon 120 Bässe mit Register od. Leica-Kamera.

Biete neuen Sparherd (Aluminiumfuß) u. neuen schönen Puppenwagen; suche Gasherd möglichst mit Backofen.

Günstiges Tauschangebot. Gebotene: Neue Möbel jedweder Art. Gesucht: Neue oder gleichw. Schreibmaschine. Eilangebote u. Nr. 20-763 an die Gesch.-Stelle U. T. Freiburg i. Br., Schwabentorstraße 1.

Unterricht. Buchhaltung-Unterrichtsbriefe. Behörd. genehmigt. Buchführung und Bilanz durch Briefwechsel im Einzelunterricht bis zum vollen Lehrabschluss. Preisliste kostenlos. Refuch. (13b) Bad Bölls, Mertzstraße 11. (A 18-15)

Zuschneidekurse für Herren- und Damenschneider! Fernkurse in Lehrbriefen mit Text u. Zeichnung. Bequem zu Hause. Viele Anerkennungs schreiben. Verlangen Sie Prospekt. Zuschneideschule Ernst Homburg, Wuppertal-Eielfeld, Postfach 65. (A18-1)

Verschiedenes. Erfahrene Buchhalterin, bilanzsicher, übernimmt noch stunden- od. tageweise die Führung Ihrer Geschäftsbücher und evtl. Büroarbeiten. Zuschr. unter Nr. 20-778 an U. T. Freiburg i. Br., Schwabentorstraße 1.

Verbrechen als Methode

Der am 10. Mai 1940 auf Freiburg erfolgte „Luftangriff“ diente ganz offensichtlich dem Zweck, deutsche Bombenangriffe auf feindliche offene Städte zu „rechtfertigen“.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß vier Jahre später deutsche Flugzeuge zu einem ähnlichen Zweck mißbraucht worden sind. Der OKW-Bericht überraschte damals die Öffentlichkeit mit der Meldung, daß „feindliche“ Flugzeuge Bomben auf die Vatikanstadt abgeworfen hätten...

In die Reihe dieser besonderen Art von Kriegsverbrechen gehört auch die in den ersten Kriegstagen erfolgte Torpedierung des amerikanischen Passagierdampfers „Athenia“.

H. A. F.

Geschäftliches

Carl Fabel (am Martinstor) An Herrenhemden werden Kragen und Manschetten erneuert bei Zugabe von Ansatzstoff und Krageinnlage. (32-1273)

Schärten und Schrücken sowie Löten von sämtlichen Bändseln bis 40 mm Breite werden schnellstens und sachgemäß von billigster Berechnung ausgeführt, ebenso werden Krageselbblätter bis 700 mm Durchmesser geschärft und geschnitten. (18-136) Prä-Boma Emmendingen, Karl-Friedrichstraße 20.

Das schönste Weihnachtsgeschenk! Ein Zauberkasten, Heber für 3 Ausführungen zu RM 3,-, 10,- und 15,- gegen Voreinsendung oder Nachnahme. Rabatt für Wiederverkäufer. H. Ernich (13b) Postlerweg, Post Fischen/Allgäu.

Schneider u. Textilfabriken werden zu neuen Stoffen verarbeitet. Schriftl. Angebote u. Nr. 2159 an HAW Werbedienst Holluber, Herne. (1)

10 passende Weihnachtsrezepte! Anleitung zur Herstellung eines Lebkuchenhäuschens (mit Zeichnung). 10 brauchbare Kleimbäckrezepte 10 neuerprobierte spars. Kuchen 10 sparsamste Backrezepte 10 neue Strüppbackrezepte 10 Rezepte „Mit wenig Fleisch“ 10 zeitgemäße Malsgrieß-Rezepte 10 pikante Kaninchenrezepte 10 süße u. saure Karottenrezepte erhalten Sie gegen Einsendung von Freiungslos und RM 2,- für jeweils 10 Rezepte durch: Versuchs Küche Buchenau 35 bei Zwiesel/Bayr. Wald (13a)

Verschönt das Fest! Die hundert Kleinigkeiten (Papier, Sterne, Kärtchen, Kalender usw.), die das Fest verschönern, liefern wir Ihnen in Weihnachtspaketen zu RM 25,-, 50,- und 100,- gegen Nachnahme oder Voreinsendung. Jul. Hampel, Heidelberg, Brunnengasse 20/24.

Bunter Abend, Weihnachten, Sylvester, Fasching zur erfolgreichen Gestaltung in Verein und Familie alle Manuskripte anerkannt gut und preiswert durch: W. G. Mechtel, Bad-Godesberg (22c), Kronprinzenstr. 80 II. Anzeigebildliste 1 RM. (32-1077)

Wichtige Mitteilung f. Apotheken, Drogerien, Futtermittel- u. Fachgeschäfte: DUMO-Erzeugnisse für d. Tierhaltung erhalten Sie auch über den Drogen-Futtermittel- u. Fachgroßhandel. Maßgebende Großhandlungen führen DUMO-Eierpulver, Milchpulver, Mast-Fresspulver, DUMO für Kaninchen und DUMO-Kohlegranulat. DUMO-G.m.b.H., Chem. u. pharm. Fabrik, Kirchheim/Teck. (A 22-7)

Freiburger Veranstaltungen

Harmonie-Lichtspiele. Ab Freitag, 5. Dezember 1947: Lizzi Waldmüller als Revue-Sängerin Alexandra Durian in Ein Mann wie Maximilian Ein musikalisches Lustspiel mit Wolf Albach-Retty, Karin Hardt, Paul Dahlke, Hermine Ziegler, Jugendfrei.

Union-Theater. Ab Freitag, 5. Dezember 1947: Jenny Jugo in der reizenden Ehe-Komödie Die Gattin mit Willy Fritsch, Viktor Staal, Hilde v. Stolz - Jugendfrei.

Friedrichsbau-L'spiele. Ab Freitag, 5. Dezember 1947: Der Graf von Monte Christo 2 Teil. (Die Vergeltung) in deutscher Sprache.

Vom 1. Januar ab. können auch Sie die große, sechsmal wöchentlich in deutscher und französischer Sprache erscheinende Tageszeitung bestellen.

Dr. Ahrens. Fachärztin für Hals-, Nasen-Ohrenkrankheiten. Mühlheim (ehem. Lazarett) Tel. 273. Sprechstunden täglich 9-12 (außer Samstag). (30-774)

Nouvelles de France. bestellen. Sie finden darin alles, was Sie von einer guten Tageszeitung erwarten: Aktuelle Nachrichten, interessante Aufsätze über Politik, Wirtschaft und Verwaltung, Sport, Auszüge aus der Presse des In- und Auslandes und gepflegte Unterhaltung. (A12-13)

Leder aus der Schweiz! Geschenkpakete. Machen Sie bitte Ihre Verwandten und Bekannten in der Schweiz darauf aufmerksam, daß die Firma Max Luchsinger, Lederexport, Base, Eringerstraße 88 Schuhsohlen für Herren-, Damen- und Kinderschuhe mit Stufen, Aufbaß, und Kernenstücken nach Deutschland sendet.

Was gibt es auf Haeten?

Wie wir vom Ernährungsamt erfahren konnten, kommt der November-Zucker und Käse mit Beginn der 2. Dezemberwoche zur Ausgabe. Hoffentlich läßt auch die Dezember-Zuteilung nicht lange auf sich warten, vor allem ist zu wünschen, daß sie noch vor den Feiertagen erfolgt.

An unsere Leser in Freiburg-St. Georgen

Ab 1. Dezember wird unsere Zeitung wieder regelmäßig durch eine Zeitungsträgerin zugestellt. Interessenten unserer Zeitung können diese in unserer Geschäftsstelle, Schwabentorstr. 1, bestellen.

Alle Genossen und Genossinnen, die unsere Zeitung austragen oder im Verkauf haben, treffen sich am Dienstag, 9. Dezember, in der Geschäftsstelle Schwabentorstr. 1 zu einer Betriebsbesprechung. Beginn 17 Uhr.

Zu Gunsten der Kinder

Freiburg. Das Badische Rote Kreuz, Kreisverein Freiburg veranstaltet am 6. Dezember, 15.30 Uhr, im Maria-Hilf-Saal einen Buntten Nachmittag mit Weihnachts-Tombola, zu Gunsten der Freiburger Kindererholung unter Mitwirkung von Künstlern der Stadt, Bühnen Freiburgs.

Milchlieferungsätze

Freiburg. Das Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung macht darauf aufmerksam, daß bis auf weiteres die bisherigen Milchlieferungsätze gelten.

Freiburg. Zwei LKW stießen an der Straßenkreuzung Bromberg-Zasiusstr. zusammen, wobei beide Fahrzeuge beschädigt wurden. Ein Fahrer wurde leicht verletzt.

Freiburg. Vor dem Mittleren Militärgericht hatten sich zwei Waldkircher Einwohner wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu verantworten. Das Urteil lautete auf je 1 Jahr Gefängnis.

Freiburg. Der Gutsverwalter Rosmy, Glotterbad stand wegen Kriegsverbrechen vor dem Mittleren Militärgericht in Freiburg. Es wurde ihm zur Last gelegt, einen franz. Kriegsgefangenen im Jahre 1941 körperlich mißhandelt zu haben. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis. Es wurden 3 Monate Bewährungsfrist gewährt, außerdem 4 Monate an erlittener Untersuchungshaft angerechnet.

„Der Worte sind genug gewechselt...“

Freiburg. Durch verschiedene Kundgebungen der Kommunistischen Partei, durch Veröffentlichungen in der Presse, durch Stellungnahmen der Gewerkschaften und Betriebsrätekonferenzen, wurde auf die Mißwirtschaft in unserem Ernährungssektor, auf die Ursachen derselben im Einzelnen hingewiesen.

Besonders zeigten wir die ungeheuren Verfehlungen in der Milchbewirtschaftung auf. Wir wiesen darauf hin, daß monatlich ca. 350.000 Liter Vollmilch desgleichen ca. 350.000

Mitteilung der KP Freiburg
Stadtvorstandssitzung. Montag, 8. Dezember, 20 Uhr, Vaubanstr. 12.

Liter Magermilch unserer darbenenden Bevölkerung entzogen werden, ohne daß jedoch bis heute Abhilfe geschaffen wurde.

In jüngster Zeit haben nun verschiedentlich Prozesse stattgefunden, durch welche die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Man muß sagen „sollten“, denn inzwischen ist jedem offenkundig geworden, daß so gut wie alle Urteile auf eine Belohnung der Schuldigen herauskamen, und daß die zuständigen Behörden es bis heute unterließen, Maßnahmen zu treffen, die neue Verfehlungen verunmöglichten.

Wenn man diese Praxis beobachtet, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß

Die neuen Stromeinschränkungen

Freiburg. Das Elektrizitätswerk teilt mit: Unter Bezugnahme auf die Verfügung des Bad. Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 26. November 1947 gelten an Stelle der bisherigen Abschaltungen ab 1. Dezember für das Versorgungsgebiet des Elektrizitätswerkes Freiburg folgende Zeiten, in denen die Entnahme von elektrischem Strom verboten ist:

1. An allen Werktagen ist von 6.30 bis 8.30 und von 17 bis 21 Uhr dem Handwerk, Handel und Gewerbe, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, Gasthäuser und Apotheken, die Entnahme von elektrischem Strom verboten.

2. Für die Haushalte und die Landwirtschaft ist von 8 bis 12 und von 16.30 bis 19.30 Uhr, für das Handwerk, Handel und Gewerbe, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, Gasthäuser und Apotheken, von 6.30 bis 12 und von 16.30 bis 21 Uhr, die Entnahme von elektrischem Strom an folgenden Tagen in folgenden Gebieten verboten:

Montag: das Gebiet südlich der Dreisam und westlich der Günterstalstraße einschl. Haslach, St. Georgen, Uffhausen, Merzhausen und Au. — Dienstag: das Gebiet westlich des Hauptbahnhofes zwischen der Dreisam und der Breisacher Bahn, einschl. Betzenhausen und Lehen. — Mittwoch: das Gebiet nördlich der Linie Breisacher Bahn, Friedrichstraße, Erasmusstraße, sowie Zähringen und Gundelfingen. — Donnerstag: das Gebiet begrenzt im Norden durch Friedrichstraße, Erasmusstraße, im Süden durch die Dreisam, im Westen durch den Hauptbahnhof, im Osten durch den Schloßberg bis zur Sandfangbrücke. — Freitag: das Gebiet südlich der Dreisam, östlich

Werktätige fordern das Betriebsrätegesetz

Im Falle einer Ablehnung durch den Landtag wird Volksentscheid verlangt

Freiburg. Im Werkheim der Rhodiaseta fand eine überfüllte Betriebsversammlung statt. Im Hauptreferat umriß der Bundesvorstand der Gewerkschaften, Koll. Reibel, den gegenwärtigen Kampf um das bereits in der Verfassung verankerte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts sei die Grundlage für die Verwirklichung unserer Hauptforderungen auf Produktions-, Preis- und Absatzkontrolle. Koll. Reibel berichtete über den derzeitigen Kampf der Gewerkschaften gegen die Unternehmer, die durch Einreichung eines Gegenentwurfes für das Betriebsrätegesetz das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte zu verhindern suchen. Zur Abwehr dieses Angriffs rufe er die gesamte Arbeiterschaft zum gemeinsamen Kampf auf, der mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln geführt werden müsse.

Kollege Lipp betonte, daß die Arbeiterchaft der Rhodiaseta das Mitbestimmungsrecht nicht für den Abschluß einer Betriebsordnung verkaufen dürfe. Koll. Zimmer unterstrich, daß der Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer gebrochen werden müsse. Die Arbeiterschaft habe durch bittere Erfahrungen gelernt und kämpfe heute in einer einheitlichen Gewerkschaft um die ihr zustehenden Rechte. Nur die Einigkeit macht stark. — Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die Belegschaft der Rhodiaseta fordert, daß der von den Gewerkschaften ausgearbeitete Betriebsrätegesetzentwurf dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt und im Falle einer Ablehnung darüber hinaus einem Volksentscheid unterzogen wird.

Freiburg. In der im Werkheim der Firma Fortschritt stattgefundenen Betriebs-Versammlung wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Bezugnehmend auf die Wichtigkeit des Abschlusses der Betriebsvereinbarung zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes in allen Angelegenheiten des Betriebes erwarten die Arbeiter und Angestellten der Firma Fortschritt die baldige Annahme und Unterzeichnung der von ihr vorgelegten Betriebsvereinbarung.

In der Frage der Schaffung des neuen Betriebsrätegesetzes stehen wir, die Arbeiter und Angestellten, auf dem Standpunkt, daß dasselbe umgehend vom Landtag behandelt und verabschiedet wird. Besonders verlangen

es den zuständigen Behörden gar nicht so wichtig ist, die Schuldigen zu belangen. Wie wäre es sonst möglich, daß wiederholte Anfragen und erhobene Forderungen unberücksichtigt und ohne Beantwortung blieben? Ein Beispiel: Bereits vor Monaten fragten wir an, mit welchen Funktionen Herr Behrens im Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung betraut ist. Ohne Erfolg!

Nun, heute ist dies kein Geheimnis mehr, man weiß, daß der Genannte als Hauptabteilungsleiter der Verantwortliche für die „badische Milchverwirtschaftung“ war. Lange genug ließ man ihn „weiterwursteln“, ob schon sein volksschädliches Verhalten, seine Unfähigkeit längst erwiesen war. Doch seine verantwortungslose Tätigkeit muß anscheinend noch belohnt werden, denn wie man spricht, ist Herr Behrens seit 5 Monaten in „Erholung“, andere nennen das suspendiert, man könnte sagen „beurlaubt“, denn sein Monatsgehalt von 600 Mk. läuft weiter.

Sind dies die ganzen Schlußfolgerungen, die man zu ziehen weiß? Wir unsererseits verlangen, daß Behrens sofort entlassen und in einem öffentlichen Gerichtsverfahren zur Rechenschaft gezogen wird. Desgleichen erwarten wir endlich eine öffentliche Stellungnahme der Regierung, was getan wurde, um reinen Tisch zu schaffen in unserer Ernährungswirtschaft. Wir meinen: Der Worte sind genug gewechselt, das Volk will endlich Taten sehen!

der Günterstalstraße bis zur Hirzbergstraße und Möslestraße, sowie Günterstal. — Samstag: das Gebiet östlich der Möslestraße und Hirzbergstraße, einschl. Littenweiler, Ebnat, Dreisamtal, St. Peter.

Der Plan mit den Abgrenzungen der einzelnen Gebiete hängt bei der Direktion des Elektrizitätswerkes, Schloßbergstraße 1, und bei der Kasse der Stadtwerke, Rottecksplatz 1 aus.

Moderne Zahn- und Kieferklinik

Freiburg. In Freiburg-Günterstal wurde die neugestaltete Zahn- und Kieferklinik der Universität eröffnet. Das Laboratorium weist 40 Arbeitsplätze auf und soll bei Möglichkeit auf 80 gesteigert werden. Die verschiedenen Behandlungsräume haben eine äußerst moderne Einrichtung, die allen Anforderungen genügen wird.

Freiburg. Der Kontrollrat hat die Genehmigung für den Ausbau der dritten Staustufe des Schluchseckkraftwerkes erteilt. Das Werk, das als größtes Speicherkraftwerk gilt, erhält mit dem Ausbau der Stufe, durch die die Möglichkeit besteht, ständig Wasser aus dem Rhein in die höher gelegenen Staubecken zu pumpen, eine erneute Leistungsfähigkeit.

Freiburg. Durch private Abschlüsse werden aus dem Schwarzwald im Verlauf des Jahres 1948 600.000 Festmeter Rundholz an die Schweiz geliefert. Das Holz kommt aus den Waldgebieten, die vom Borkenkäfer befallen sind. Nach vorläufigen Schätzungen wird die Abholzung dieser Gebiete etwa 2,5 Millionen Festmeter ergeben.

wir die volle Aufrechterhaltung des § 18 des Gesetzesentwurfes des Badischen Gewerkschaftsbundes.

Freiburg. In einer Betriebsversammlung der Süddeutschen Isolatorenwerke wurde nach Stellungnahme zu einigen betrieblichen Angelegenheiten der von den Gewerkschaften ausgearbeitete Entwurf des neuen Betriebsrätegesetzes besprochen. Mit Nachdruck hob man den Kernpunkt des Betriebsrätegesetzes, den § 18, hervor, der das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte gesetzlich verankert und damit eine gleiche oder ähnliche Entwicklung wie 1918 bis 1933 in Wirtschaft und Politik verhindern soll. In der sehr lebhaften Diskussion wurde der bis jetzt bestehende alte Anspruch der Unternehmer, allein zu herrschen, zurückgewiesen. Bei einer Ablehnung des Artikels 18 des gewerkschaftlichen Gesetzesentwurfes des Betriebsrätegesetzes durch den Landtag werde ein Volksentscheid darüber gefordert.

Freiburg. Die in der Harmonie tagenden Betriebsräte der Freiburger Betriebe nahmen erneut Stellung zur Frage des Mitbestimmungsrechtes.

Das Hauptreferat hielt der 3. Vorsitzende des Badischen Gewerkschaftsbundes, Koll. Vogel, der das Mitbestimmungsrecht als das Kernstück des Betriebsrätegesetzesentwurfes bezeichnete. In den nächsten Tagen seien in allen Betrieben Versammlungen abzuhalten, ebenso ist in Großkundgebungen der Gewerkschaften zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht aufzurufen. Die Einheit der Gewerkschaften sei unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Nur durch die einheitliche Front aller Schaffenden könnten die großen Aufgaben gemeistert werden. Unsere Einheit ist auch unsere Stärke.

Koll. Kappes führte aus, daß der von den Unternehmern in der Frage des Mitbestimmungsrechtes eingenommene, ablehnende Standpunkt beweise, daß die Fronten nunmehr klar wären.

In der Diskussion kam übereinstimmend zum Ausdruck, die gewerkschaftliche Schulung, hauptsächlich der Jugendlichen, zu verstärken.

Die am 1. Dezember im Heimatsaal der Harmonie in Freiburg tagende Betriebsrätekonferenz sämtlicher Betriebsräte der Freiburger Betriebe stellt sich geschlossen hinter den vom Badischen Gewerkschaftsbund eingereichten Betriebsrätegesetz-Entwurf und erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften, unter Bezugnahme auf den Artikel 39 der Badischen Verfassung und des Kontrollratsgesetzes vom 20. 4. 47, die volle Anerkennung dieses Entwurfs.

Die Betriebsräte sind sich darin einig, daß nur das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer den Aufbau einer wirklich demokratischen Wirtschaft und einen dauernden Frieden gewährleisten kann und sie werden alles daran setzen, selbst unter Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel, den Entwurf zum Gesetz werden zu lassen.

Jugend, höre unseren Ruf!

Freiburg. Am Montag, 8. Dezember, findet um 20 Uhr, im Kaufhausaal eine öffentliche Jugendversammlung der Freien Demokratischen Jugend statt, in der Jugendfreund Gnirs über das Thema „Jugend, es geht um deine Zukunft“ sprechen wird. Freiburger Jungens und Mädels, ihr seid alle herzlich eingeladen.

Arbeiter und Bauern müssen zusammenstehen

Freiburg. Im Maria-Hilf-Saal fand eine Bezirksstagnung des Bad. Landwirtsch. Hauptverbandes statt. Das Hauptreferat hielt Minister der Landwirtschaft und Ernährung, Schill, der u. a. ausführte, daß in der Einheit der BLHV eine Stärke liege im Gegensatz zu den zahlreichen Bündeln, die vor 1933 bestanden hätten. Arbeiter und Bauern gehörten zusammen, um die Folgen der Kriegspolitik des Dritten Reiches zu überwinden und den Völkern Frieden zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wurde begrüßt, das Auftreten unlauterer Elemente als „Kontrollreue“ auf dem Lande verurteilt.

Präsident Klaus (Bischoffingen) hob die Bedeutung der Ortsvereine hervor. Auf die Preisfrage eingehend, fordere er eine Regelung, die aber nicht zu Lasten des Arbeiters gehe, sondern durch eine Herabsetzung der Handelsspanne herbeigeführt werde. Die Bodenreform sei notwendig und zu bejahen. Auch hier betonte Klaus die aktive Mitwirkung der Gewerkschaften. Wir brauchen keine Rittergüter, deren Besitzer uns durch ihre Kriegspolitik ins Unglück gestürzt haben. Bauern und Arbeiter seien in Notzeiten immer die Geopfertenen und deshalb begrüße er ebenfalls die hergestellte Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften.

Der 2. Vorsitzende des Badischen Gewerkschaftsbundes, Faulhaber, erklärte, daß Arbeiter und Bauern die beiden Säulen seien, die zusammen 80 Prozent des gesamten Volkes darstellen. Die dritte Schicht sei jedoch die Arbeiter und Bauern Aussagende, die den Arbeiter mit niedrigen Löhnen abspeise und die Bauern mit hohen Preisen für Düngemittel usw. überfordere. In der Frage der Bodenreform sei man sich in den Grundfragen einig, daß Herrenland Bauernland werden müsse. Der Boden müsse dem gehören, der ihn bebaut. Die Aedigen seien immer die Feinde der Demokratie gewesen. In der Preisregulierung sei ein gemeinsamer Weg zu beschreiten, und gegen diejenigen geschlossen anzukämpfen, die aus der Not der Arbeiter und Bauern ihren Gewinn ziehen. Als Beispiel wurde angeführt, daß Textilarbeiter monatlich 50–60 Mark Lohn erhalten und auf der

Kommt Kältewelle?

Der Dezember ist der einzige Monat im Jahr, der in seinem Wetterverlauf mit ziemlicher Regelmäßigkeit wiederkehrende Wetterperioden bringt, sodaß man auch im wissenschaftlichen Sinne von einem „Wetterfahrplan“ des Dezember sprechen kann. — Nach anfänglich milderem Wetter pflegt zwischen dem 6. bis 13. Dezember ein erhebliches Sinken der Temperaturen einzusetzen, das häufig zu einer ausgesprochenen Kältewelle bei gleichzeitigem Schnee führt. Diese kalte Wetterperiode dauert in der Regel bis über den 20. Dezember hinaus. Gegen Weihnachten wird es wieder milder, die sog. Weihnachtsdepression, eine in der meteorologischen Wissenschaft bekannte Erscheinung, macht sich bemerkbar und ist häufig die Ursache für wenig weihnächtliches Wetter während der Festtage. Auch im vorjährigen strengen Winter trat diese charakteristische Temperaturmilderung in der Weihnachtszeit in Erscheinung. Gegen Ende des Monats nehmen die Voraussetzungen für kälteres Wetter langsam wieder zu. — Natürlich ist auch dieser „Wetterfahrplan“ nicht unfehlbar und ohne Ausnahmen, aber mit einem Eintreffen bis zu 80 Prozent Wahrscheinlichkeit kann gerechnet werden.

Verbotene Liebesgaben

Mit Wirkung ab 1. Dezember ist die Einfuhr von Tabak und Tabakwaren auf dem bekannten Weg des Liebesgabenpaketversands grundsätzlich verboten. Diese Regelung gilt seit einiger Zeit auch schon für reine Kaffee- und Zucker-Liebesgabenpakete. Unter Vorbehalt fälliger neuer Erlasse — so meldet der „Thurgauer Volksfreund“ — gilt bis auf weiteres folgendes: Französische Besatzungszone: Die Tabakeinfuhr ist ab 1. Dezember vollständig untersagt. An Firmen erteilte spezielle Bewilligungen für den Versand von Tabakwaren in Liebesgabenpaketen sind nur noch bis zum 31. Dezember gültig, neue Lizenzen wer-

Freiburger Veranstaltungen

Städtische Bühnen
Casino: Freitag, 5. Dezember, 20 Uhr: Die lustige Witwe (geschl. Vorstellung). Samstag, 6. Dezember, 20 Uhr: Wiener Blut. Sonntag, 7. Dezember, 14.30 Uhr: Madame Butterfly. 20 Uhr: Die Csardasfürstin. Dienstag, 8. Dez., 20 Uhr: Die Csardasfürstin. Mittwoch, 10. Dezember, 20 Uhr: Die lustige Witwe. Donnerstag, 11. Dezember, 20 Uhr: Der Babier von Sevilla.
Kammerspiele:
Samstag, 6. Dezember, 16.45 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot. Sonntag, 7. Dezember, 14.30 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot. 19 Uhr: Phädra. Dienstag, 8. Dezember, 19 Uhr: Ein Sommernachtsraum (geschl. Vorstellung). Mittwoch, 10. Dezember, 14.30 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot. 19.30 Uhr: Der Rappelkopf.
Lichtspieltheater
Casino: Die beiden Schwestern.
Friedrichsbad:
Der Graf von Monte Christo, II. Teil.
Harmonie: Ein Mann wie Maximilian.
Union: Die Gattin.

den nicht mehr abgegeben. Die Vermittlung von Liebesgaben durch Gutscheine ist verboten. Amerikanische Besatzungszone: Das schon bestehende Verbot der Einfuhr von Liebesgaben mit Tabakwaren bleibt unverändert aufrecht. Britische Besatzungszone: Die Einfuhr von Tabakwaren in Postpaketen von Privaten an Private ist vollständig verboten. Bis zu 20 Zigaretten pro Paket sind dagegen zugelassen, wenn der Versand durch eine von den Besatzungsbehörden anerkannte Wohlfahrtsorganisation, die in der Zone über eine Ablage verfügt, oder durch eine Firma, die im Besitze einer Bewilligung der Jela (Joint Export/Import Agency) in Frankfurt a. M. ist, geschieht. — Die Liebesgabenpakete dürfen nur noch ein Kilo Kaffee enthalten. Sowjetische Besatzungszone: Es sind pro Paket höchstens 50 Stück Zigaretten zugelassen.

168 wachsame Augen

Freiburg. Das Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung teilt mit, daß seine Kontroll-Abteilung zur Zeit 6 Inspektoren, 38 Kontrollreue bei den Ernährungsämtern und 40 Prüfer beschäftigt, von denen die meisten auf einzelne Erzeugnisse spezialisiert seien. Im Oktober wurden in 43 Gemeinden des Kreises Konstanz 245 landwirtschaftliche Betriebe auf ihre Milchlieferung kontrolliert, ferner 173 Mühlen und mehlerarbeitende Betriebe überprüft, 4 Lebensmittelgroßhandlungen, 3 Molkerien und mehrere Milchausgabestellen revidiert und ein Ernährungsamt und 40 Kartentellen auf die Einhaltung der Rationierungsbestimmungen nachgeprüft. Hierbei wurden folgende Mengen Nahrungs- und Genussmittel beschlagnahmt: 3200 kg Kartoffeln, 2950 kg Obst, 1320 kg Gemüse, 831 kg Getreide, 175 kg Mehl, 68 kg Fleisch, 98 St. Vieh, 17.000 Ltr. Maische, 1000 Liter Wein, 50 Liter Branntwein und 58 kg Tabak.

Vor Ankauf wird gewarnt

Heuweiler. Einem hiesigen Schneidermeister wurden ein Radioapparat, Fabrikat Philips, 11 Meter Herrenanzugstoff, 2,5 Meter Damenkleidstoff, 7 Meter Mantelstoff, 4 Damenmäntel, 2 Herrenmäntel, 5 Anzüge, 1 Smoking, 5 Wolldecken entwendet. Vor Ankauf wird gewarnt. Sachdienliche Mitteilungen sind an die nächste Polizeidienststelle oder Gendarmerieposten zu erbeten.

Sonntagsdienst der Freiburger Apotheken
Loretto-Apotheke Herdern
(Öffnungszeiten 9-12 Uhr).